NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 21.07.2026 | Hanna Voss

Schlachtfeld wider Willen

Der Irankrieg hat die Golfstaaten zur Zielscheibe gemacht. Nun richten sie ihre Sicherheitspolitik neu aus.

Nach nur einem Tag war schon wieder alles anders. Als Donald Trump Anfang Juli ankündigte, Schiffen in der Straße von Hormus künftig eine Abgabe von 20 Prozent abzuknöpfen – als Entschädigung für den amerikanischen Militärschutz der Passage –, war die Empörung am Golf einhellig. Man sollte also nicht nur die Kosten des Krieges tragen, sondern auch noch für eine Eskalation zahlen, über die man selbst kaum mitentschieden hatte. Es folgten Telefonate mit den Regierungen der Region. Schnell war die Forderung vom Tisch, ersetzt durch das Angebot von Handels- und Investitionsabkommen. Trump will kassieren, die Golfstaaten protestieren, Trump knickt ein und bittet doch nicht zur Kasse: Diese kleine Episode offenbart mehr über die aktuelle Nahost-Ordnung als jede Grundsatzrede.

Im Juni hatten sich die USA und der Iran auf eine Zwischenregelung verständigt: 60 Tage Zeit für weiterführende Verhandlungen, im Gegenzug sollte die freie Passage durch Hormus vorläufig wiederhergestellt werden. Gelöst war damit nichts. Iran beharrte auf einer Mitsprache bei der künftigen Verwaltung der Meerenge, die USA auf einer uneingeschränkten, gebührenfreien Durchfahrt. Anfang Juli zerbrach die Übergangsruhe entsprechend rasch. Nach Angriffen auf Handelsschiffe griffen die USA erneut iranische Ziele an. Iran antwortete mit Schlägen gegen amerikanische Stützpunkte in der Region und erklärte Hormus erneut für geschlossen. Am 14. Juli reaktivierte Trump die Blockade iranischer Häfen und drohte mit weiteren Angriffen auf die iranische Infrastruktur – die Kulisse, vor der dann die kurzlebige Gebührenidee scheiterte.

Zuletzt bombardierten die USA wieder Nacht für Nacht Ziele im Iran. Im Gegenzug griff Iran erstmals seit Monaten wieder amerikanische Stützpunkte in Kuwait und Bahrain sowie – gut 1 000 Kilometer entfernt – in Jordanien an. Irans geistliches Oberhaupt Mojtaba Chamenei drohte offen mit weiterer Vergeltung. Für die Golfstaaten bestätigt das einmal mehr: Sie tragen die Kosten einer Eskalation, über deren Verlauf andere entscheiden.

Und es zeigt darüber hinaus zweierlei. Erstens: Washington bleibt der Taktgeber, ohne dessen Militärpräsenz am Golf nichts läuft. Zweitens: Die Golfstaaten sind diesem Taktgeber jedoch keineswegs hilflos ausgeliefert. Asymmetrie bedeutet nicht Ohnmacht. Dank ihrer Investitionen und ihrer Bedeutung für die Energie- und Finanzmärkte verfügen sie durchaus über einen Hebel – und diesen nutzen sie auch.

Die Golfmonarchien wenden sich nicht von den USA ab. Amerikanische Luftabwehr, amerikanische Stützpunkte und amerikanische Sicherheitsgarantien lassen sich kurzfristig weder durch alternative Akteure wie Peking, die zweifelsohne immer wichtiger werden, noch durch eigene Aufrüstung ersetzen. Was sie stattdessen betreiben, ist Risikostreuung: an der amerikanischen Sicherheitsgarantie festhalten, zugleich aber direkte Kanäle nach Teheran offenhalten, die Beziehungen zu China vertiefen und in die eigene militärische wie wirtschaftliche Resilienz investieren. Mit allen im Gespräch bleiben, ohne sich von einer Seite vollständig vereinnahmen zu lassen.

Die Annäherung an Teheran schützte nicht vor iranischen Angriffen auf das eigene Territorium.

Diese Strategie begann nicht erst mit dem Iran-Krieg. Doch dieser hat mehr denn je gezeigt, warum es sie braucht. Die Annäherung an Teheran schützte nicht vor iranischen Angriffen auf das eigene Territorium. Die Partnerschaft mit Washington schützte nicht vor amerikanischen Entscheidungen, die die Energieexporte gefährdeten, den Luftverkehr lahmlegten und die ambitionierten Entwicklungspläne der Regierungen der Region infrage stellten. Weder die Nähe zu Iran noch die Nähe zu Amerika bietet verlässlichen Schutz vor einer Eskalation. Genau deshalb bleibt Risikostreuung die rationalste verfügbare Antwort. Auch sie verspricht keine vollständige Sicherheit, federt mögliche Folgen aber ab.

Am deutlichsten wird das in Saudi-Arabien. Riad betrachtet Iran weiterhin als zentralen Rivalen, dessen Raketen und Drohnen sowie dessen Verbindungen zu den Huthis eine reale Bedrohung darstellen. Die 2023 unter chinesischer Vermittlung eingefädelte Annäherung war denn auch kein Vertrauensbeweis, sondern Risikobegrenzung – und blieb es auch im Krieg, der Saudi-Arabien allein Mitte Mai kriegsbedingte Förderausfälle von mehr als drei Millionen Barrel pro Tag bescherte. Riad fährt deshalb zweigleisig: mehr amerikanische Sicherheitsgarantien und Luftabwehr fordern, zugleich aber versuchen, Washington von weiteren erratischen Alleingängen abzuhalten. Amerikanischer Schutz ja,

amerikanisches Eskalationsmonopol nein. Selbst die Ost-West-Pipeline zum Roten Meer, mit der Riad seine Abhängigkeit von Hormus verringern will, ist letztlich nur eine weitere Ausprägung derselben Logik. Wie schlüssig dieser Ansatz ist, zeigt auch die jüngste Entwicklung: Die mit Iran verbündeten Huthis im Jemen blockieren aktuell saudische Schiffe und haben damit eine seit 2022 geltende Waffenruhe beendet. Betroffen ist ausgerechnet jene Route über das Rote Meer, über die mittlerweile rund 70 Prozent der saudischen Energieexporte abgewickelt werden.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten treten ebenfalls unterschiedliche Interessen zutage: Das politische Zentrum Abu Dhabi betrachtet Iran als massive militärische Bedrohung, während die Handelsmetropole Dubai enge Wirtschaftsbeziehungen zu Teheran unterhält. Auf dem Spiel steht das gesamte Geschäftsmodell: Luftverkehrsdrehscheibe, Finanzzentrum, sicherer Hafen für internationales Kapital, Influencer-Paradies. Dieselbe Zweigleisigkeit prägt auch das Verhältnis zu Israel: Öffentlich hat sich Abu Dhabi seit dem Gaza-Krieg spürbar distanziert, hinter den Kulissen wird die sicherheitspolitische Kooperation mit Israel jedoch immer enger – während Saudi-Arabien seine eigene Annäherung an den jüdischen Staat vorerst auf Eis gelegt hat.

Katar und Oman wiederum machen aus der Not eine Tugend und verkaufen die Zwischenposition selbst als Kapital. Doha beherbergt mit al-Udeid einen der wichtigsten US-Stützpunkte der Region, schickte indes mitten in der Eskalation Delegationen nach Teheran. Das liegt auch daran, dass das Land sein Flüssigerdgas fast vollständig durch Hormus exportiert und, anders als Saudi-Arabien oder die Emirate, auf keine alternative Pipeline ausweichen kann. Oman verfolgt dieselbe Logik und bietet sich als Makler einer geteilten Meerenge an – freie Passage in omanischen, ein regulierter Korridor in iranischen Gewässern. Ob das je Wirklichkeit wird, ist offen. Dass der Oman dies überhaupt vorschlägt, zeigt, wie sehr die Akteure der Region inzwischen nach eigenen Ordnungsentwürfen suchen.

Sicherheitspolitisch rücken die Golfstaaten näher zusammen.

Bahrain wiederum ist wegen der dort stationierten Fünften Flotte der US-Navy Schutzobjekt und Zielscheibe zugleich. Kuwait balanciert Bündnistreue gegen die Sorge, Ziel iranischer Vergeltung zu werden. Und Ägypten – ohne direkte Anrainerposition am Golf, aber hoch verschuldet und auf IWF-Kredite wie Golf-Kapital angewiesen – fürchtet vor allem die wirtschaftlichen Kollateralschäden einer

Eskalation am Suezkanal und an der Meerenge Bab al-Mandab.

Dass daraus keine gemeinsame Außenpolitik erwächst, ist allerdings ebenso klar. Sicherheitspolitisch rücken die Golfstaaten näher zusammen – Geheimdienstaustausch, Luftverteidigung, Schutz der Schifffahrt durch Hormus. Realpolitisch treiben sie auseinander: Riad und vor allem Abu Dhabi fahren gegenüber Teheran einen deutlich härteren Kurs als die Vermittler Katar und Oman. Von einer neuen arabischen Geschlossenheit, von geeinten Blöcken etwa, die eine gemeinsame Iran-Politik verfolgen würden, kann keine Rede sein. Doch weil die einzelnen Staaten aufgrund der gemeinsamen Sorge ihr jeweiliges Risiko streuen, ergibt sich in der Summe dennoch so etwas wie eine gemeinsame Linie.

So unterschiedlich die Ausgangslagen, so einig das Interesse dahinter: Stabilität statt Dauerkrise. Ein Ende der Kampfhandlungen, weil der Krieg nicht nur Menschenleben und Infrastruktur bedroht, sondern auch die großen Zukunftsprojekte der Region – Saudi-Arabiens *Vision 2030*, Dubais Rolle als Finanzdrehscheibe und Katars Gasexporte. Keine dauerhafte iranische Kontrolle über Hormus, weil ein politisches Vetorecht Teherans über den Schiffsverkehr als strukturelle Bedrohung gilt – auch für jene Staaten, die auf gute Beziehungen zu Iran setzen. Aber ebenso wenig ein von den USA erzwungener Kollaps Irans, der Staatszerfall und Fluchtbewegungen an die eigene Haustür brächte, oder eine dauerhafte amerikanische Militarisierung der Meerenge, mit der Washington im Alleingang über Blockaden, Gebühren oder Eskalation entscheiden könnte.

Hormus, so das gemeinsame Fazit, darf weder zum iranischen noch zum amerikanischen Erpressungsinstrument werden. Und schließlich: nicht selbst – erneut – zum Schlachtfeld wider Willen werden. Amerikanische Stützpunkte bieten zwar Schutz, sie machen Bahrain, Katar, Kuwait und die Emirate aber, wie die vergangenen Monate gezeigt haben, zugleich zu Zielscheiben.

Die Golfstaaten wollen, mit anderen Worten, das Gegenteil von Trumps Transaktionslogik: keine erratischen Zwischenlösungen, sondern eine Ordnung, die wieder Berechenbarkeit schafft.

Für Europa, das am Golf vor allem als Zaungast auftritt, ist das eine Einladung, keine Randnotiz. Eine Region, die lernt, ihre Abhängigkeiten selbst zu managen, sucht auch nach Partnern jenseits von Washington und Peking. Es wäre jedoch nicht das erste Mal, dass Europa eine solche Einladung übersieht.



Hanna Voss
Beirut

Hanna Voss war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

-